

Die „Freiheit“ erscheint täglich einmal als Morgenausgabe und Montag als Abendausgabe mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Benno“.

Die postgebührenfreie Versandzeitung über deren Raum kostet 25.— Mk., einschließlich Inlandpost. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 4.— Mk., jedes weitere Wort 2.— Mk., einschließlich Inlandpost.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Und doch Hungerterror und Sabotage!

Die Hungerterroristen im Fangeisen

Als die „Freiheit“ im Juni die landbändlerischen Richtlinien für Hungerterror und Gesetzessabotage veröffentlichte, versuchte die agrarische und deutsch-nationale Presse deren Echtheit anzuzweifeln. Diese Ablehnungsmanöver vermochten aber die Deffenlichkeit nicht zu täuschen, um so weniger, als die „Freiheit“ kurz darauf in der Lage war, eine Stelle bekanntzugeben, die diese Richtlinien erneut und verstärkt an die Landbändler brachte.

Der Brandenburgische Landbund hält unbedingt daran fest, daß die Umlage auch jetzt, nachdem sie Gesetz geworden ist, mit allen Mitteln bekämpft werden muß. Wir haben wiederholt über die zu ergreifenden Abwehrmaßnahmen gesprochen, darüber aber bis jetzt noch nichts schriftlich herausgegeben.

1. Es sind keinerlei Angaben über Anbauflächen zu machen;
2. Kein organisierter Landwirt wirkt bei irgendwelchen Ernteschätzungen mit;
3. Alle einer Organisation angehörenden Landwirte, die gegen Punkt 1 und 2 verstoßen, sind aus der Organisation auszuscheiden und scharf zu boykottieren;
4. Ohne Zustimmung der Organisation darf kein Mitglied auch nur ein Pfund Getreide oder Kartoffeln abliefern.

Es folgt eine Anzahl weiterer Vorschriften, wie die Landwirte im Einzelfall zu handeln haben. Getreide ist nur nach Weisung der Organisation auszubringen und in den Handel zu bringen. Es ist nur an Mühlen und Händler zu liefern, die den Weisungen der Organisation nachkommen.

Generalstreik in Italien

(WAB.) Rom, 21. Juli. Der Zentralausschuß des Arbeiterverbandes hat einen Generalstreik für ganz Italien beschlossen. Der Beginn des Generalstreiks wird später festgesetzt werden. Die Fabrik- und Straßenarbeiter in Mailand haben bereits gestern den Streik begonnen.

(WAB.) Mailand, 21. Juli. Die Lage im Streikgebiet hat sich im Laufe des Tages verschärft. Der Fasistenführer Mussolini ist heute morgen in Mailand angekommen. Er begab sich sofort zum Präfecten, der ihn versicherte, daß laut Verordnungen der Streikleiter der Streik in Mailand und der Provinz noch im Laufe des heutigen Tages beendet wird.

Mailand, den 21. Juli. Die Arbeiterkonföderation hielt am Freitag, nachmittags 4 Uhr, eine Versammlung ab.

„Eine Möglichkeit hierfür bietet sich in folgender Weise:

1. Das Gesetz schreibt vor: „Bei der Verteilung des Umlagesolls auf die Kommunalverbände sind die Ernteergebnisse des Jahres 1922 zu berücksichtigen; bei der Verteilung müssen die öffentlich rechtlichen Berufsvertretungen der Landwirtschaft, was wir als selbstverständlich voraussetzen, ihre Mitwirkung bei der Unterverteilung ablehnen.“
2. Nach dem Gesetz haben die Kommunalverbände ihr Umlagesoll auf die Gemeinde und die Erzeuger ebenfalls unter Berücksichtigung der Ernteergebnisse des Jahres 1922 zu verteilen und bei der Verteilung einen Ausschuß der Erzeuger hinzuzuziehen. Es gilt hier dasselbe wie bei Punkt 1. Material über die Ernteergebnisse des Jahres 1922 kann den Kreisinstanzen nicht vorliegen, die Erzeuger werden in den Verteilungsausschüssen auch nicht mitwirken; danach wäre jede Unterverteilung in den Kreisen also auch ungesetzlich und rechtswirksam.
3. Schließlich kann auch der Beschwerdeausschuß, in dem Erzeuger und Verbraucher vertreten sein müssen, keine Entscheidung auf gesetzlicher Grundlage fällen, wenn sich kein Erzeuger bereit findet, in diesem Ausschuß mitzuwirken, was wir natürlich erwarten müssen.

Auf diese Weise ist es möglich, daß ein Landwirt, ohne demnachst mit dem Gesetz in Widerspruch zu kommen, die Lieferung verweigert und dies im Sinne der Ausführungen zu 1 bis 3 begründet.“

Ist das nicht pffiffig ausgedacht? Erst erfüllen die Agrarier ihre gesetzlichen Obliegenheiten nicht, und weil sie das nicht tun, sind dann nachher die Gesetze rechtsungültig und für die Herren Junker nicht bindend. Sie rechnen auf die Schwäche der Regierung. Doch: „Allzu straff gespannt, zerplatzt der Bogen!“ Wer so offenkundig die Ernährung der Bevölkerung hintertreibt und damit den öffentlichen Frieden gefährdet, kann zweifellos auf Grund einer ganzen Reihe von Gesetzesparagrafen angeklagt und verurteilt werden, wenn die Regierung nur will. Und die wird wohl oder übel wollen müssen.

Aber die Geschichte von der Ausbungerungsorganisation hat noch ein kleines Nachspiel. Die Herrschaften haben sich in ihrer Dummheit verplappert. Nachdem die Richtlinien gedruckt und verbreitet waren, ließ der „Landbund Lebens“ eine Berichtigung los, die Vernonnen worden sei. Der Abdruck sei vom Verleger erfolgt. Sie stelle keinen Beschluß, sondern den Vorschlag einer Persönlichkeit dar, der aber nicht angenommen worden sei. Der Abdruck sei vom Verleger entgegen der ausdrücklichen Weisung des „Landbundes Lebens“ vorgenommen worden.

Die Internationale gegen die Gewaltpolitik

Amsterdam, 21. Juli. Die internationalen Spitzenorganisationen (Internationaler Gewerkschaftsbund zu Amsterdam, Zweite Internationale, Internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien) haben am 19. und 20. Juli in Amsterdam über die Politik der Friedensverträge und über die internationale, insbesondere die deutsche Reaktion beraten. Die Konferenz beschloß einstimmig, die Arbeiter der Welt zum Kampfe gegen die Politik des Zwanges und der Gewalt und zum Schutze der deutschen Republik aufzurufen. Die Konferenz legte eine Kommission von neun Mitgliedern ein, in der von jeder beteiligten Organisation drei Vertreter sitzen. Diese Kommission hat die Aufgabe, die ökonomische Lage der Welt und insbesondere Deutschlands zu studieren und praktische Vorschläge zur Abhilfe auszuarbeiten. Die Kommission wird am 7. August 1922 in Brüssel zu ihrer ersten Sitzung zusammenzutreten. Die Kommission soll ihren Bericht auf einer neuen gemeinsamen Konferenz der drei internationalen Spitzenorganisationen geben, damit sie dann erneut Stellung nehmen können. Die Konferenz beschloß ferner, in einem Telegramm an die russische Sowjetregierung den Schutze des Lebens der angeklagten Sozialrevolutionäre zu fordern.

Republik und Beamte

Von Arthur Döwald

Die Republik hat den Beamten im Reiche, in den Ländern und in den Gemeinden große politische Freiheiten gebracht. Sie können sich grundsätzlich jeder Partei anschließen, und sie, die früher unbedingt Monarchisten sein mußten, brauchen heute nicht Republikaner zu sein. Eine Einschränkung ist allerdings noch immer zu machen: die monarchistischen Parteien bestreiten den Mitgliedern der USP. und SPD. das Recht, Beamtenstellen zu bekleiden.

Ein Teil der Beamten aus der kaiserlichen Zeit, namentlich der höheren Beamten, betrachten es als ihre berufliche Aufgabe, die Republik zu bekämpfen, so daß sich diese genötigt sieht, zu ihrem Schutze ein Gesetz gegen diesen Amtsmißbrauch zu erlassen. Nach diesem neuen Gesetz, über die Pflichten der Beamten zum Schutze der Republik, darf der Reichsbeamte sein Amt nicht für Bestrebungen zur Aenderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform mißbrauchen. Außerdem sollen solche Reichsbeamte, die in leitender, berichtender oder ausführender Stellung mit dem Schutze der Republik gegen Bestrebungen zur Aenderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform besonders betraut sind, sich auch außerhalb ihres Amtes jeder tätigen Teilnahme an Bestrebungen zur Aenderung der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform enthalten, auch wenn diese Bestrebungen sich im Rahmen der Reichsverfassung und der Gesetze halten.

Die monarchistischen Parteien schreien Jetermord über die Gewalt, die damit angeblich den Reichsbeamten angetan wird. Dieses Geschrei ist nichts weiter als Heuchelei, denn den Monarchisten ist es noch in guter Erinnerung, was sie zur kaiserlichen Zeit selbst von den Beamten verlangt haben. Man erinnere sich nur des Disziplinarverfahrens im Jahre 1908 gegen den Bürgermeister Schüding in Hufum. Bürgermeister Schüding hatte in der damals von dem Demokraten Friedrich Raumann herausgegebenen „Hilfe“ und im „Berliner Tageblatt“ einige auch anderwärts nachgedruckte Artikel veröffentlicht, außerdem im Verlage der „Hilfe“ anonym eine Schrift: „Die Reaktion in der inneren Verwaltung Preußens“ herausgegeben. Die Reaktion hatte all ihren Spürsinn aufgeboden, den Verfasser jener Broschüre zu ermitteln und hatte ihn auch tatsächlich festgestellt. Auf den Inhalt dieser Broschüre und der betreffenden Zeitungsaufsätze kann hier nicht eingegangen werden. Von ihrer Tendenz kann sich aber jeder ein Bild machen, wenn er sich überlegt, daß diese Zeitungsaufsätze im „Berliner Tageblatt“ und in der „Hilfe“ erschienen sind, deren politische Richtung ja bekannt ist.

Bürgermeister Schüding war nicht Reichsbeamter, er war auch nicht Staatsbeamter, sondern stand im Dienste der Gemeinde Hufum; er wurde als „mittelbarer Staatsbeamter“ angesehen. Jene Zeitungsaufsätze und die Broschüre stellten keine Amtshandlungen dar; sie charakterisierten sich vielmehr als eine private staatsbürgerliche Betätigung. Trotzdem eröffnete die Staatsanwaltschaft in Schleswig auf Anweisung der preussischen Regierung das Disziplinarverfahren gegen Schüding mit der Anklage:

„eine Bestimmung befundet und sich zu Anschauungen bekannt zu haben, die mit seiner Stellung als Bürgermeister und mittelbarer Staatsbeamter unvereinbar sind, und hierdurch nicht nur die Pflichten verletzt zu haben, die ihm sein Amt auferlegt, sondern sich auch der Achtung, des Ansehens und Vertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig gezeigt zu haben“.

Am weitendsten war die Reaktion über die anonyme Broschüre. In dieser hatte Schüding nach der Behauptung der Schleswiger Staatsanwaltschaft folgendes gesagt:

„Er rügt an der Darstellung der preussischen Geschichte in den Schulen, daß sie die Liebe zum Herrscherhaus erwecken und befestigen solle, daß dort immer vom Herrscher die Rede sei, als ob wir noch in der Autokratie lebten. Er verurteilt, daß beim Korpsstudenten in der Regel der Gedanke festen Fuß fasset, daß ein gebildeter Mensch die heilige Verpflichtung habe, streng monarchistisch zu denken. Er ist endlich nicht damit einverstanden, daß der Landrat bei patriotischen Festen in „monarchisch-christlich-konservertivem“ Sinne auf die Bevölkerung einwirkt. Diese Unehrbarkeit gegenüber dem Landesherren und anderen deutschen Bundesfürsten und die öffent-

liche Verhöhnung monarchisch Denkender ist mit den Pflichten des Beamten unvereinbar."

Damals wurde es als selbstverständliche Pflicht des Staates betrachtet, bei „Unerschrockenheit“ von Beamten gegenüber dem herrschenden Regime die Unerschrockenheit aus dem Reichs-, Staats- und Kommunaldienst auszumerzen. Heute erfüllen dieselben Kreise, die damals diese „Selbstverständlichkeit“ am energischsten verfolgten, die Welt mit hysterischem Geschrei, weil die Republik es wagt, den Beamten die Sabotage der Staatsverwaltung zu verbieten und gegen größte Pflichtverletzung im Amte geschlecht vorzugehen. Toleranz und Schwachmütigkeit der republikanischen Regierung hatten den größten Teil der monarchisch eingestellten Beamten im Amte belassen. Die Regierung betraute dieselben Kreise, die die Republik lieber heute als morgen in Scherben schlagen, mit dem Schutze der Republik. Da nun jedoch eine Kränze der andern die Augen nicht anhält, genügen die Bestimmungen, die ehemals so vorzüglich und selbstverständlich Unerschrockenheit aus der Staatsverwaltung entfernte, nicht einmal, Unheimlichen und notorischen Saboteuren das Handwerk zu legen. So wurden neue Bestimmungen nötig. Die verabschiedeten Gesetze enthalten nicht das, was wir verlangen haben und für notwendig halten. Umsomehr ist es die Pflicht, darüber zu wachen, daß sie wirksam angewandt werden. Der Kampf ist also keineswegs abgeschlossen, sondern muß noch energischer fortgeführt werden.

Die Spaltung der Deutschnationalen

Von „Völkischen Leuten“, „Nationalsozialisten“, „Klassenaposteln“ und „Wotansanbetern“!

Der Zerfall der Deutschnationalen geht lustig weiter. Es ist dabei ergründlich zu sehen, wie sich die „Vorkämpfer der brüderlichen Volksgemeinschaft“ einander in den Haaren liegen. Wenn zwei sich zanken, erfahren die anderen die Wahrheit. In dieser Hinsicht ist das Getöse des Direktors Sonntag vom Wulfsblat sehr interessant, der unter der Überschrift: Zerfall der Deutschnationalen, der Trennungskampf, das völkische Martyrium, folgendes der Welt zum Besten gibt:

„Seit Jahren führt die deutschnationale Parteileitung, wie man nunmehr wohl öffentlich aussprechen darf, einen zwar heimlichen, aber um so erbitterteren Kampf gegen die völkische Bewegung im allgemeinen und gegen deren parlamentarische Vertreter innerhalb der Partei im besonderen. Und zwar begann dieser Kampf unmittelbar nach den Reichstagswahlen von 1920, als mit den Abgeordneten Wulle und Hennig, zwei ausgesprochenen Vertretern der neueren völkischen Bewegung, ihren Einzug in die deutschnationale Reichstagsfraktion hielten, sich hier mit dem prächtigen, tapferen und aufrechten, deshalb ebenfalls als unheimlich empfundenen Herrn von Graefe zusammenfanden und in die aus der Nationalversammlung langsam bekannte dumpfe Stille der Fraktion einen kräftigen Hauch zu bringen drohten. Wie dankbar man es auch begrüßt und in ihnen einen Phrasen gelehrten hätte, das gerade durch die Unterwürfung der aktiven völkischen Elemente mancher Wahlkreis behauptet bzw. erhört worden war — jetzt, nachdem der Wahlsieg geschlagen war, und der Bestand der Partei an Mandaten auf eine Reihe von Jahren hinaus gesichert erschien, wurden die völkischen Verbündeten als unheimlich empfinden, und ihre parlamentarischen Vertreter mit allen Mitteln des unterirdischen Kleinkrieges bekämpft.“

Da waren und sind zunächst die mehr oder minder an einer gewissen politischen Arierisierung leidenden „Stützen“ des alten Regimes, die zwar nach der Revolution (fragt mich nicht, warum?) eiligst auf dem Boden der berühmtesten „gegebenen neuen Tatsachen“ sprangen, die sich aber ängstlich und verständnislos vor dem neuen Geist bekrenzten, der in nationaler Hinsicht aus der völkischen Richtung zu ihnen hinüberzugehen begann. Hatte man darum die Revolution, dem Herrn sei Dank!, glücklich überstanden, um nun einem revolutionär anmutenden Geiste im eigenen Lager zu begegnen? Völkische Leute, Nationalsozialisten, Klassenapostel, vielleicht, an heimlichen Orten, gar „Wotansanbetern“ — unmöglich —, kompromittierend — eine solche Gesellschaft! Wir wollen, lieben Freunde, den Größen von vorgestern, die ihre Standpunkte nicht säumen. Der Herr wird ihnen vergeben, denn schließlich können sie ja nichts dafür, daß sie überhäufig geworden sind für das junge Deutschland, das sich überall zu regen beginnt.

Gefährlicher seien aber die sogenannten „Geistigen“ in der Partei, weil sie bösseriger sind, die Männer mit dem historischen, staatsrechtlichen, politischen und sonstigen Bildungsbüffel.“

„Es ist wahr“, heißt es dann weiter, „eine breite, wenn auch nicht gerade impulsive Phalanx, die sich innerhalb der Deutschnationalen Volkspartei aus den verschiedensten Beweggründen heraus in Kampfe gegen die völkischen Aufwärtsgewandten hat. Angehörigen von Herat über Düringer, Hoeck, Dründer, Karib, Sugenbera, Behrends, Graef, Kullam — wer zählt die Völker, nennt die Namen! Immerhin, man wird sie sorgsam zusammenstellen und für den nächsten Wahlkampf vorsetzen müssen; denn diesen erklärten Gegnern der völkischen Sache nicht eine einzige Stimme aus den völkischen Reihen! Und nicht einem von ihnen auch nur einen einzelnen Mann für den vielleicht doch notwendigen Sozialismus!“

Es wird also hier den Deutschnationalen von den völkischen Kampf in aller Form angefaßt, worüber sich auch das Schicksal der Deutschnationalen Partei überhaupt vollziehen dürfte. Die Parteileitung ist darob in begreifliche Angst geraten. Sie läßt folgende verzweiflungsvolle Erklärung durch ihre Presseschleife abgeben:

Unsere getrigte Erklärung in der „Deutschnationalen Korrespondenz“ „Zum Ausscheiden des Abgeordneten Hennig aus der Reichstagsfraktion“ hat im „Deutschen Abendblatt“ vom 10. Juli abends eine Erwiderung gefunden unter der Überschrift: „Zerfall der Deutschnationalen“. In dieser Erklärung die Abgeordneten v. Graefe und Wulle: „Wir erheben deshalb gegenüber der Fraktion und der Parteileitung und vor der Öffentlichkeit den allerhöchsten Einspruch gegen den Beschluß der Fraktion und des Parteivorstandes und er-

Der kommunistische Hochverrat an der Revolution

Ein Kommunist, der Nikolaus Doppelzinsigkeit nicht kannte, und ein Herz, wie Gott es ihm gegeben, von der Höhe frei im Wufen fühlte, brachte, was er mit des Geistes Schärfe in des Reichstags Akten Schwarz auf weiß entdeckte, und zum Abdruck. (Frei nach Seume.)

Die Kommunisten konnten die Regierung stürzen und die Reichstagsauflösung erzwingen. Sie haben es nicht nur nicht getan, sondern haben sogar für die Regierungsvorlage gestimmt und damit die Regierung gerettet, haben anonyme Koalitionspolitik getrieben und die Revolution verraten.

Unmöglich! werden zweifelnd und entsetzt die Gläubigen der „Roten Fahne“ stammeln. Und doch ist es so. Hier der Beweis:

Das Beamtendisziplinargesetz bedurfte zu seiner Annahme einer qualifizierten Mehrheit, da es ein verfassungänderndes Gesetz ist. Es mußten bei der Abstimmung mindestens zwei Drittel der Reichstagsabgeordneten anwesend sein und von den Anwesenden mußten mindestens zwei Drittel für das Gesetz stimmen. Kam diese qualifizierte Mehrheit nicht zustande, so fiel das Gesetz, die Reichsregierung war vom Parlament desavouiert in ihrem Bemühen, die Sabotage der Republik durch die reaktionären Beamten zu verhindern. Eine solche Niederlage hätte das Prestige der Regierung erschüttert, sie hätte zurücktreten müssen. Allein die Reichstagsauflösung und die Ausschreibung von Neuwahlen hätte die Krise lösen können.

Jetzt liegt die amtliche Abstimmungsliste über die beiden namentlichen Abstimmungen vor, die in der letzten Reichstagsitzung über das auf 5 Jahre befristete allgemeine Gesetz zum Schutze der Republik und über das für die Dauer geschaffene Beamtendisziplinargesetz erfolgt sind. Nach dieser amtlichen Liste haben für das Beamtendisziplinargesetz 278, dagegen 135 Abgeordnete gestimmt. Es sind also 8 Stimmen über die erforderliche Zweidrittelmehrheit abgegeben worden. Diese 8 Stimmen haben das Kabinett Wirth vor dem Sturz gerettet, haben die Reichstagsauflösung verhindert. Und diese 8 Stimmen haben die Kommunisten gestellt! Ja noch mehr, sie haben nicht nur 8, sie haben sogar 12 Stimmen für die Regierung Wirth abgegeben. Zwei Kommunisten haben bei der Abstimmung gefehlt.

Hätten sich die Kommunisten der Stimme enthalten, so wären nur 266 Stimmen für das Gesetz

abgegeben worden, es wäre gefallen. Hätten die Kommunisten, was sie als prinzipielle Gegner der Regierung doch tun mußten, gegen das Gesetz gestimmt, so wären 147 Stimmen dagegen abgegeben worden, die Zweidrittelmehrheit dafür hätte 295 betragen müssen, es hätten also 29 Stimmen gefehlt. Das Gesetz wäre erst recht abgelehnt gewesen. Die Kommunisten hatten also sowohl durch Stimmenthaltung wie durch Ablehnung das Schicksal des Gesetzes völlig in der Hand und damit das Schicksal der Regierung und des ganzen Reichstags. Aber der große Moment fand ein kleines Geschlecht! Statt die politische Situation zu einer revolutionären zu gestalten, trieben die Kommunisten anonyme Koalitionspolitik zur Erhaltung des Kabinetts Wirth. Die amtliche Abstimmungsliste enthüllt diesen Verrat der Kommunisten an der Revolution. Sie enthält folgende Angaben über die beiden Abstimmungen, vor denen die erste das Schutzgesetz, die zweite das Beamtendisziplinargesetz betrifft, um das es sich hier handelt:

Wirth.....	Rein	Ja	Höllein.....	Rein	Ja
Berthold.....	Rein	Ja	Koenen.....	Rein	Ja
Edardt.....	fehlt	fehlt	Walzahn.....	Rein	Ja
Eichhorn.....	Rein	Ja	Kemmel.....	Rein	Ja
Fredrich.....	Rein	Ja	Stoeder.....	Rein	Ja
Herzfeld.....	Rein	Ja	Thomas.....	Rein	Ja
Hepdemann.....	Rein	Ja	Zettlin.....	fehlt	fehlt

Aus dieser amtlichen Liste ergibt sich, daß alle 12 Kommunisten, die überhaupt anwesend waren, beim Beamtendisziplinargesetz zu den Fasagern gehörten, das Gesetz angenommen, das Kabinett Wirth gerettet haben.

Mit welchem Recht will die kommunistische Partei jetzt noch der USP. Vorwürfe darüber machen, daß sie bisher bei solchen Gelegenheiten, bei denen sie durch ihre Stimmen eine wichtige Regierungsvorlage zu Fall bringen und die Regierung Wirth stürzen konnte, es nicht getan hat? Wilt denn das, was die SPD. von der USP. fordert, nicht mit zehn- ja hundertmal mehr Recht von der SPD. selber! Wie will die SPD. ihr weiges Zurückweichen vor den revolutionären Notwendigkeiten gegenüber den kommunistischen Arbeitern rechtfertigen? Der Massenwille des revolutionären Proletariats wird das Renegatentum der schwankenden Gestalten à la Höllein, Kemmel, Koenen und Stoeder zur Beschamschaft ziehen. Der Zentralausschuß der SPD., der in den nächsten Tagen zusammentritt, wird schonungslos Abrechnung halten mit der Zentrale, die diesen Verrat der Reichstagsabgeordneten an der Revolution zugelassen hat.

Der Kampf um Korfanty

Polen vor schweren Erschütterungen?

Warschau, 11. Juli. Im augenblicklichen Stadium der heute bereits genau sieben Wochen währenden Regierungskrise herrscht die Streitfrage vor, ob das Kabinett Korfanty existiere oder nicht. Die rechten Parteien erklären, daß die Nichtunterzeichnung des Ernennungsdekrets durch Pilsudski einen unzulässigen und konstitutionswidrigen Streik darstelle. Der Staatsoberhaupt müsse das Dekret unterzeichnen oder zurücktreten. Indessen im Pilsudski weder der eine noch das andere. Da der konstitutionelle Klub, der während der ganzen Krise gleichsam das Zünglein an der Waage gebildet hat, sich von den Rechten wieder zu trennen scheint, begaben sich die Delegierten des Linksblocks Witos, Moraczewski, Chadzynski und Stapiński zum Staatsoberhaupt, um ihn zu neuer Initiative zwecks Lösung der Regierungskrise aufzufordern.

Der Streit um Korfanty hat sich zu einer Machfrage zwischen Rechts und Links gestaltet. Die mit geringer Mehrheit erfolgte Ernennung Korfantis wird mit Recht von den Linksparteien als eine unerhörte Bräufierung gedeutet und hat zu einer Arbeitsgemeinschaft der Linksparteien geführt, die heftig Korfanty bekämpft. Diese Arbeitsgemeinschaft trägt sich vornehmlich auf die Arbeiterklasse, die bereits durch Proteststreik und Streikendemonstrationen die Ablehnung Korfantis verkündet hat. So wurde bei den Demonstrationen am Dienstag folgende Resolution angenommen:

„Die Kandidatur ist eine dreifache Provokation des arbeitenden Volkes. Der polnische Arbeiter und Bauer wird niemals erlauben, daß ein politischer Abenteurer, ein Mann ohne Rücksicht und moralische Skrupel die Regierung Polens übernimmt. Weg mit Korfanty!“

Korfanty ist bekannt geworden als früherer deutscher Reichstagsabgeordneter für die Polenpartei, vor allem aber als Führer der polnischen Einflüsse in das deutsche Oberschlesien, die dreimal erfolglos und vielen Menschen das Leben kosteten. Korfanty ist fanatischer Deutscherhasser. Die Linksparteien werfen ihm Unterdrückung von Staatsgeldern und moralische Verworfenheit vor. Politisch bekämpfen sie ihn sowohl als inner- als auch außerpolitischen Gründen. — Die Rechten (Klerus und Großgrundbesitzer) sind durchweg chauvinistisch und Deutscherhasser und demzufolge völlig französisch orientiert. Weshalb die Linksparteien, aus denen auch der Staatsoberhaupt Pilsudski hervorging, wirtschaftlicher und politischer Verständigung mit Deutschland das Wort reden.

Der hartnäckige Widerstand beider Richtungen droht zu schweren innerpolitischen Erschütterungen zu führen. Wenn man bedenkt, daß Korfanty nur mit 219 gegen 206 Stimmen gewählt wurde, so ist bei dem fast gleichartigen Kräfteverhältnis der Gegner ein blutiger Ausbruch des Kampfes nicht ausgeschlossen. — Nach der oben wiedergegebenen Meldung scheinen Rechts bereits Bedenken gegen diese Entwicklung aufzuwachen, so daß einige Abstriche bei den Rechten dazu beitragen können, die Krise — wenn auch nicht zu lösen — so doch ihren Ausbruch hinauszuzögern. Indessen, soviel ist sicher, Polen steht vor schweren politischen Erschütterungen, deren Tragweite für Deutschland — und noch mehr für die Entente — ziemlich bedeutend sein dürfte.

klären, daß für uns unter Vorbehalt etwaiger weiterer Beschlüsse eine Beteiligung an den Arbeiten der Reichstagsfraktion zunächst nicht mehr möglich ist.“

Die Presseschleife wiederholt deshalb nochmals, um, wie bereits geteilt gefaßt, jeder Regendenbildung vorzugeben, die geistigen Feststellungen:

1. Die Partei und ihre Politik ist und bleibt nach wie vor positiv völkisch eingestellt.
2. Bei dem Ausscheiden des Abgeordneten Hennig aus der Fraktion handelt es sich ganz und gar nicht um seine Stellung in der völkischen Bewegung, sondern allein um seine persönliche politische Betätigung.
3. Die Erklärung der Herren v. Graefe und Wulle ändert daran nicht das mindeste und auch nicht an der völkischen Einstellung unserer Partei und ihrer Politik. Der Kurs bleibt der alte!

Diese Erklärung wird nichts mehr nützen. Der Kurs bleibt der alte: Positiv völkisch! Gerade deswegen ist der Abg. Düringer bereits ausgetreten und weitere dürften ihm folgen, ganz abgesehen davon, daß den Deutsch-völkischen dieser alte Kurs viel zu schlapp war. Auf alle Fälle dürften wir recht bald neue Szenen erleben, worauf auch die Staatsanwalt Obacht zu geben hat!

Die „Diktatur“

Die Verletzung von sieben deutschnationalen Regierungspräsidenten in den Ruhestand gibt der „Kreuzzeitung“ Veranlassung zu folgendem Rohkrei:

„Preußen geht voran. Herr Severing läßt die Faust sinken, und 7 Regierungspräsidenten bleiben als erhe Opfer des nunmehr im Ausbau begriffenen sozialdemokratischen Klassenstaates auf der Straße. Die Diktatur verachtet bei getroffenen Maßnahmen auf die Angabe näherer Gründe. Es genügt eine Redewendung und eine Handbewegung, und das Land hat stille zu halten. Ganz gleichgültig, ob das Lun und Rassen der Diktatoren dem Lande schadet oder nützt. Die Pensionierung dieser sieben im Staatsdienst groß gewordenen Männer „aus allgemeinen politischen Gründen“, zu denen wohl auch das Adelsprädikat gehört, wird nur den Anfang der schon lange herbeigesehnten „Säuberungsaktion“ sein. Die Habitualisierung der Verwaltung wird ihrer Säuberung auf dem Fuße folgen. Ob dabei der Staat vollkommen zerlegt wird, berührt die Herren, denen die parteipolitische Verantwortung übertragen ist, im Sinne des geeinigten Marxismus zugunsten, nicht. Die rechtliche Handhabung nach außen hin hat ihnen zudem das überwiegend bürgerlich zusammengesetzte Parlament verlihen. Zum „Schutz der Republik“ treibt der Staat schnell und sicher dem Abgrund zu. Wir gehen Zetten entgegen, die mancher nicht für möglich, in diesem Ausmaße sogar für ausgeschlossen gehalten hätte. Weder der gefährlichen Putschschonkewitz, die mit ganz anderen als sozialistischen oder demokratischen Kräften verbunden wurde, hat man veräußert, vor der langsamen Volkshenierung die Augen offen zu halten. Die „Demokratie“ ist ungewollt zum Schleppenträger der roten Diktatur geworden.“

Die Kommunisten nennen die Schutzgesetze — Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter. Die deutschen Monarchisten sehen in ihrer Anwendung das Wirken einer „roten Diktatur“. Die Wahrheit ist, daß die Gesetze weder das eine noch das andere sind. Es sind Notmaßnahmen, die, richtig angewendet, einen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Sicherung der Republik vor monarchistischen Gewaltstreifen bedeuten können. Ausschlaggebend dabei ist die richtige Anwendung der Gesetze, für die die Arbeiter zu sorgen haben.

Die Moskauer Mordjustiz

Die „Kronzeugin“ als Aufhängerin

In den Kronzeugen des Moskauer revolutionären Tribunals gehört die zur kommunistischen Partei übergetretene und deshalb schon im Voraus mit Freispruch bedachte Denunziantin Konoplewa. Sie sagte zur Belastung der angeklagten Sozialisten-Revolutionäre am 14. Juli aus:

Mit ich zu der Ueberzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes mittels des Terrors kam, ging ich mit dem Vorschlag, ein Attentat auf Lenin zu organisieren, zu dem Bevollmächtigten des Zentralkomitees Rabinowitsch und bei mich zur Ausführung des Attentats an. Nachdem Rabinowitsch mich angehört hatte, teilte er mir mit, daß er meinen Vorschlag an verschiedene Mitglieder des Zentralkomitees weitergeben und mich bald wieder zu sich rufen wird. Nach ungefähr fünf Tagen ging ich, ohne seine Benachrichtigung abzuwarten, abermals zu Rabinowitsch und er teilte mir mit, daß die Parteimitglieder zu meinem Vorschlag sich ablehnend verhalten und daß ich deshalb mit Dost sprechen solle. Bald darauf traf ich Dost und dieser ging im Gespräch mit mir auf meinen Vorschlag ein, versprach aber, ihn noch einmal im Komitee zu besprechen. Im folgenden machte mich Rabinowitsch mit Iwanoff und Jesinow bekannt und wir begannen den Plan zum Attentat auszuarbeiten. Um diese Zeit fuhr der Sowjet der Volkskommissare nach Moskau. Darauf ging ich nach Erklärungen zu Rabinowitsch, der mich beruhigte, indem er sagte, daß das Büro des Zentralkomitees das Attentat auf Lenin ausgeheißt und sogar das Mitglied Richter zur Vertung des Attentats bestimmt habe. Jedoch tat Richter später gar nichts und hat mir nur das Gift Kurare zur Vergiftung der Knaale verschafft. Deshalb überzeugten wir uns bald, daß aus diesem Attentat nichts herankommen wird und haben die ganze Sache fallen lassen. Als Dost nach Moskau kam, befragte ich mich bei ihm über die Untätigkeit Richters und anderer. Darauf erwiderte mir Dost: Ich habe den Augenblick für verpaßt und bitte die ganze Sache aufzugeben.

Das Mitglied des Zentralkomitees Dost erwidert auf die Ausfragen der Konoplewa folgendes:

In Petrograd übermittelte mir Rabinowitsch den Wunsch der Konoplewa mit mir die Organisation der terroristischen Attentate zu besprechen. Darauf sagte ich Rabinowitsch, daß die Konoplewa auf den abweichenden Standpunkt des Zentralkomitees allen solchen Attentaten gegenüber aufmerksam machen und sie an die Parteidisziplin erinnern solle. Konoplewa antwortete Rabinowitsch, daß sie in diesem Falle selbständig handele und nicht im Namen der Partei. Da ich es vermeiden wollte, daß man in der Zukunft das Zentralkomitee wegen aller möglichen eigenmächtigen Handlungen der Parteimitglieder tabelte, hat ich Rabinowitsch zu veranlassen, daß Konoplewa zu mir käme und sagte ihr, als sie kam, daß sie durch ihr Auftreten dem Zentralkomitee nur Schaden kann, daß alle terroristischen Attentate auf die verantwortlichen Mitglieder der Sowjetregierung abgelehnt hat. Die Konoplewa hat auf mich damals den Eindruck einer halbkranken und haltlosen Person gemacht. Als sie von mir fortging, versprach sie mir, sich die Sache zu überlegen. Das zweite Mal kam sie in Moskau zu mir, war sehr deprimiert und erbat irgendeine verantwortliche Arbeit für sich. Ich ermahnte sie, auf jede Arbeit zu verzichten und zu ihrer Familie zu fahren, um sich zu erholen. Außer diesen beiden Zusammenkünften habe ich Konoplewa nicht gesehen.

Hieraus geht hervor, daß die Konoplewa sich zwar kramdfhaft bemühte, ein Attentat auf Lenin zustande zu bringen, daß aber alle ihre Versuche, die Sozialisten-Revolutionäre für ihre Mordpläne zu gewinnen, scheiterten. Trotzdem hat die kommunistische Partei beschlossen, Sozialisten-Revolutionäre an den Galgen zu bringen. Und das nennt sich Justiz zum Schutze von Freiheit und Wohlergehen in Russland.

Die belgischen Arbeiter gegen die Moskauer Mordjustiz

Von unserem Sonderberichterstatter.
Brüssel, 21. Juli. Die zu einer Tagung in Brüssel versammelten belgischen Arbeiter erklärten sich nach Anhörung der Reden der Genossen Liebknecht, Rosenfeld und Wandervelde solidarisch mit den Protesten des internationalen Proletariats gegen die durch die Sowjetregierung betriebene Vorbereitung zur Ermordung der Sozialrevolutionäre. Sie erklärten, daß die Vollziehung der Todesurteile ein unübersteigbares Hindernis für die Herstellung der Einheitsfront des Proletariats bedeuten würde. Belgische Arbeiterpartei.
Generalsekretär von Boesbroeck.

Paris, 21. Juli. Heute abend sprachen hier die sozialistischen Rechtsanwälte Liebknecht und Rosenfeld in einer von der sozialistischen Partei einberufenen Versammlung über den Moskauer Prozeß.

Protest der deutschen Intellektuellen

Berlin, 20. Juli. Namhafte deutsche Politiker, Wissenschaftler, Reichstags- und Landtagsabgeordnete, Journalisten und Schriftsteller haben am 19. Juli der Sowjetregierung nach Moskau eine Telegramm abgeschickt, in dem gegen die vielfachen Verbrechen gegen das Wesen einer regelrechten Justiz, sowie gegen das verurteilende Todesurteil des Moskauer Revolutionärs, die Sozialisten-Revolutionäre scharf protestiert wird.

Die Hungersnot in der Ukraine

Verfolgung der Menschenrechte wirkungslos
Das Deutsche Rote Kreuz teilt aus einem Bericht Dr. Rautens über die ukrainischen Großstädte Kiew, Charlow und Odessa folgendes mit: Tausende von Flüchtlingen aus der Ukraine kommen in Kiew an und da die Stadt über keine Mittel verfügt, um ihnen beizustehen, sind sie gezwungen, jeder Dille hat, auf dem Bahnhof zu bleiben. Jeden Tag schafft man die Leichen der Verstorbenen fort, die vor Hunger gestorben sind. In Charlow, Sitz der ukrainischen Regierung, ist die Lage noch schlimmer. Hunderte von verhungerten Kindern irren auf den Straßen ohne Nahrung umher. Sie hängen hin und sterben auf der Stelle, ohne irgendeine Hilfe erhalten zu haben. Gewöhnlich gibt es auf diesem Bahnhof 700-800 Flüchtlinge. Die Verwaltungskörper von Charlow sind gezwungen, die Hospitaler aus Mangel an Medikamenten und Lebensmitteln zu schließen. Die Lage ist dieselbe von Charlow bis Odessa. Verhungerte, die die Leichname fortzuschaffen, haben fast eine Woche zu tun, um die Hände durch die Stadt zu machen. Die Folge davon ist, daß die Leichname oft 4 Tage auf den Straßen liegen bleiben, bevor sie in die Sammelgruben geworfen werden. Viele Leichname sind, wenn man sie fortzuschaffen, zur Hälfte von Ratten und von der hungrigen Bevölkerung angefressen. Der ganze Raum zwischen Odessa und Poltawa, der einer der reichsten der Ukraine war, ist vollständig unbekannt. Alle Häuser sind verlassen, nachdem die Bauern das Stroh von den Dächern aufgesackelt haben.

Einige Städte haben mehr als 80 Prozent ihrer Bevölkerung verloren. Die Fälle von Menschenverbrechen sind so häufig, daß die Verwaltung davon verzichtet, die Fälle zu verfolgen. Die Hilfsexpedition des Deutschen Roten Kreuzes ist am 18. Juli in Odessa eingetroffen.

Um die Reparationen

Pariser Pessimismus

(D.A.) Paris, 21. Juli. Die optimistische Stimmung, die in Deutschland bezüglich des Moratoriums und der Verhandlungen mit dem Garantiekomitee und der Reparationskommission herrscht, wird hier keineswegs geteilt. Man glaubt zwar, daß der Bericht des Garantiekomitees sich mit der deutschen Regierung in vielen Punkten geeinigt hat. Die Zufriedenheit des Garantiekomitees ist aber nicht die der Reparationskommission, vielmehr bemängelt man, daß das Garantiekomitee in wichtigen Punkten der deutschen Regierung gegenüber nachgegeben habe. Erstens in der Frage der Beschränkung des Etats in bezug auf den Ausbau der Eisenbahnen und der Aufwendung von Mitteln für kulturelle Zwecke, zweitens vor allem wegen des Verzichts des Garantiekomitees auf die Einführung einer Devisenkontrolle. Auf keinen Fall aber wird man für die vom Garantiekomitee vereinbarten Bedingungen bereit sein, auch das neue Moratorium für Deutschland zu bewilligen. Man betont mit großer Schärfe, daß die vom Garantiekomitee vereinbarten Bedingungen nur das im Braburg-Abkommen vorgesehene Moratorium in Frage käme, für ein weiteres Moratorium, wie es die deutsche Regierung jetzt verlangt, wird man neue Bedingungen fordern. Zu diesen Bedingungen gehört vor allem die Sicherstellung der gekündigten Zahlungen durch Verpfändung von Industriewerten. Die Reparationskommission hält angeblich an dieser Forderung fest und ist ohne diese Garantie nicht bereit, das neue Moratorium zu bewilligen.

Der englische Moratoriumsvorschlag

(D.A.) London, 21. Juli. Der englische Vertreter der Reparationskommission, Mr. Braburn, schlägt folgende Form des Moratoriums für Deutschland vor: Die Zahlungen für 1921 werden zunächst überhaupt ausgesetzt und gestundet. Die Zahlungen für 1922 und 1923 werden auf die Zeit bis zum Jahre 1924 verteuert, so daß sich Monatsleistungen in Höhe von etwa 20-30 Millionen Goldmark ergeben.

Amerika gegen eine Anleihe

(D.A.) Paris, 21. Juli. Die inoffiziellen Anfragen, die von Seiten der Reparationskommission und der Alliierten an die amerikanische Regierung gerichtet worden sind, wegen der für Deutschland zu gewährenden internationalen Anleihe, sind, wie die „Dena“ aus wohl informierter Quelle erzählt, negativ beantwortet worden. Man hat die Alliierten wissen lassen, daß die amerikanische Regierung und die amerikanischen Finanzkreise nicht gewillt seien, die internationale Anleihe für Deutschland im jetzigen Zeitpunkt zu bekräftigen, da zuerst eine Regelung der deutschen Finanzverhältnisse und der deutschen Reparationsverpflichtungen eintreten müsse.

Nach Schluß der Redaktion ging uns noch der Wortlaut eines Memorandums des Garantiekomitees zu. Ueber den Inhalt haben wir schon kurz in unserer gestrigen Ausgabe berichtet. Wir werden darauf in unserer Sonntagsausgabe zurückkommen.

Garantiekomitee und Auswärtiger Ausschuss

Der Auswärtige Ausschuss setzte heute unter dem Vorsitz des Abg. Stresemann seine Beratungen über die Abmachungen mit dem Garantiekomitee fort. Außer dem Finanzminister Dr. Gumbel nahmen der Reichskanzler Dr. Wirth, der Reichsanwalt Bauer und Reichswirtschaftsminister Schmitt an den Verhandlungen teil. Der Abg. Hermann Müller sprach im allgemeinen die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu den Abmachungen mit dem Garantiekomitee aus. Dagegen wandte sich in heftiger Weise in einer sehr langen, mehr als einstündigen Rede der Abg. Dr. Helfferich. Die Vertreter der beiden bürgerlichen Regierungsparteien, Spahn (Str.) und Bernstorff (Dem.), erklärten ihrerseits sich im wesentlichen mit den Abmachungen einverstanden. Für die Unabhängigen sprach der Abg. Breitscheid, der ebenfalls im allgemeinen den Vereinbarungen zustimmte. — Zum Schluß beschloß sich der Ausschuss noch mit einer Privat-entscheidungsangelegenheit. Zwei medienbaurische Witwen, deren Güter enteignet worden sind, haben Beschwerde erhoben in einem Erbschaftsreife und dabei behauptet, daß sie als schwebende Staatsanwältinnen nicht unter die betreffenden Bestimmungen fallen könnten. Der Ausschuss kam zu der Ueberzeugung, daß es sich um eine preussische und nicht um eine Reichsangelegenheit handele.

Der Bürgerblock im Werden

Die Arbeitsgemeinschaft zwischen der Deutschen Volkspartei, dem Zentrum und der Demokraten war im Laufe dieser Tage Gegenstand lebhafter Besprechungen zwischen den Führern der genannten drei Parteien. Wie jetzt berichtet wird, sind die Vertreter übereinkommen, die Arbeitsgemeinschaft abzuschließen. Man habe sich in allen wesentlichen Punkten geeinigt, so daß beim Wiedereintritt des Reichstags im Herbst der Abschluß der Arbeitsgemeinschaft erfolgen werde.

So glaubt man wirklich, diese Angelegenheit noch in die Länge ziehen zu können. Die Deutsche Volkspartei, die noch vor kurzem stolz sich blähte, außerhalb der Regierung doch der Republik ihren Willen aufzuzwingen zu können, ist jetzt offenbar heillos auf diesem Wege regierungslos zu werden. Ja, ja, die Zeiten sind wandelbar. Aber sie wandeln sich auch noch bis zum Herbst weiter. Warten wir also das weitere ab.

Die neuen Regierungspräsidenten

Der amtliche preussische Pressedienst meldet: Als Nachfolger für die verstorbenen oder in den einwilligen Ruhestand versetzten Regierungspräsidenten hat das preussische Staatsministerium die folgenden Herren in Aussicht genommen: Den Ministerialrat im preussischen Finanzministerium Dr. von Dalfers zum Regierungspräsidenten in Hildesheim. Den Ministerialrat im preussischen Staatsministerium Dr. Sonnenstein zum Regierungspräsidenten in Danneberg. Den Landrat Dr. Romberg (Direktor zum Regierungspräsidenten in Münster. Den Landrat Dr. Saacke (Krefeld) zum Regierungspräsidenten in Trier. Den Oberpräsidialrat Dr. Proffe (Bredlau) zum Regierungspräsidenten in Marienwerder. Den Landrat Dr. Lausen (Medlinhausen) zum Regierungspräsidenten in Rachen. Den politischen Referenten beim Reichs- und Staatskommissar für die besetzten Gebiete, Fürsten Hagfeld, Paulsch zum Regierungspräsidenten in Coblenz. Den

Landrat Bergemann in Calbe a. d. Saale zum Regierungspräsidenten in Merseburg. Den Bürgermeister in Nordhorn Bergmann, zum Regierungspräsidenten in Aurich. Berner an Stelle des bisher kommissarisch mit der Wahrnehmung der Geschäfte betrauten Regierungspräsidenten von Bülow in Schneidemühl, der in den einwilligen Ruhestand tritt, den Stadtrat a. D. Dr. Wiemer zum Oberpräsidenten der neu geschaffenen Provinz Grenzmark Posen-Westpreußen.

Um eine möglichst baldige Wiederbesetzung der vakanten Stellen herbeizuführen, sind vom Staatsministerium bereits die erforderlichen Schritte zur Verbeiführung des Einvernehmens der Provinzialausschüsse gemäß Art. 86 der Verfassung unternommen worden.

Regierungsbildung in Braunschweig verlag

Provokateur Sepp Dexter

(D.A.) Braunschweig, 21. Juli. Auf der Tagesordnung der heutigen Vormittags-Sitzung der Landesversammlung stand die Ergänzungswahl zum Staatsministerium, die durch den Rücktritt des Ministers Kaeser von der Deutschen Volkspartei notwendig geworden war. Die Unabhängigen schlugen den Landtagsabgeordneten Grotewohl und den Schriftleiter der hiesigen „Freiheit“, Reichstagsabgeordneten Vogt, zu Ministern vor. Abg. Regensburger erklärte, die Demokraten seien grundsätzlich zur Koalition bereit, würden aber nicht bedingungslös eine solche eingehen. Im Verlaufe der Rede des Abgeordneten Dexter (Wilder) kam es zu stürmischen Szenen. Dexter griff Vogt aufs heftigste an und bezeichnete ihn als völlig ungeeignet für den Ministerposten. Die Unabhängigen machten verschiedene Zwischenrufe, auf die Dexter erwiderte. Schließlich drang ein Abgeordneter der Unabhängigen mit erhobener Faust auf Dexter ein, ein anderer erhob einen Stuhl gegen ihn. Dexter wurde zurückgedrängt und es bildete sich ein förmlicher Aufruhr um ihn.

Nachdem die Sitzung infolge des Tumults vorübergehend unterbrochen worden war, brachte der Reichstagsabgeordnete sein Mißfallen über die provokierende Art des Abgeordneten Dexter und über die Vorgänge im Saal zum Ausdruck. Darauf wurde der Landtag und damit die Umbildung der Regierung bis zum Herbst verlag.

Der Kampf der Textilarbeiter

(D.A.) Essen, 21. Juli. Im Rheinlande finden heute die Verhandlungen zwischen den Textilindustriellen und den Textilarbeitern über die Verringerung der 46-Stundenwoche statt. Die freien Gewerkschaften rufen sich zum Streik und haben deshalb seit einiger Zeit die Wochenbeiträge verdoppelt, um für den Streik vorbereitet zu sein. Sollte die Einigung über die Verringerung der 46-Stundenwoche sich nicht erzielen lassen, so werden auch die übrigen Textilarbeitergebiete mit in den Streik gezogen werden. Die Unternehmer behaupten, daß sie bei der 46-stündigen Arbeitszeit mit dem Auslande nicht konkurrieren können. Die Arbeiter verlangen demgegenüber unter allen Umständen die Erhaltung der 46-Stundenwoche.

Schlusssitzung im Haag

(D.A.) Haag, 21. Juli. Die gestrige Sitzung begann mit der Annahme der Berichte der drei Unterkommissionen. Alle Berichte wurden einstimmig gebilligt. Auch der von Dikken Jouma erstattete Gesamtbericht wurde einstimmig angenommen. In diesem Bericht heißt es, daß zum erstenmal von russischer Seite der Vorschlag gemacht wurde, die Verpflichtungen anzuerkennen, die von den früheren russischen Regierungen eingegangen wurden, ohne daß Russland hierfür irgendwelche Gegenforderungen stelle. Der Belgier Gattler stellte hierauf den Antrag, eine Resolution anzunehmen, wonach keine Regierung private Abmachungen ihrer Staatsangehörigen mit der russischen Regierung anerkennen solle, wenn dadurch die Interessen der früheren Besitzer von Eigentum in Russland geschädigt würden. Nach einigen Schlussausführungen Patis schloß die Konferenz.

Die Kämpfe in Irland

(D.A.) Dublin, 21. Juli. Die irische Arbeiterpartei hat gestern in einer Versammlung gefordert, daß Friedensverhandlungen mit den Republikanern eröffnet werden. Die irische Regierung hat daraufhin eine Erklärung veröffentlicht, worin die vollständige Niederlage der Republikaner als unerlässlich für die Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit gefordert wird.

Wien in Furcht und Bangen

(D.A.) Wien, 21. Juli. Die Erwartungen haben sich bestätigt, daß die Besonnenheit gegenüber den Versuchen, die Ruhe und Ordnung in Wien zu stören, die Oberhand behalten hat. Gestern wurde in den Industrien und sonstigen Betrieben normal gearbeitet, und auch der Verkehr auf den Lebensmittelmärkten spielte sich ohne Zwischenfälle ab. Die Rolläden der Geschäfte waren wieder hochgezogen und die Verschaltungen entkernt, so daß die Stadt wieder ihr gewohntes Bild zeigte.

Wassersund auf dem Schleifischen Bahnhof. Gestern wurde durch die Abteilung 1A des Berliner Polizeipräsidiums in den Diensträumen des Schleifischen Bahnhofes eine Durchsuchung vorgenommen. Veranlaßt war der Bezirksdirektor der Eisenbahndirektion Berlin, der durch den Berliner Beamtenrat benachrichtigt wurde, daß in den betr. Diensträumen Waffen versteckt seien. Die Untersuchung durch Kriminalbeamte ergab, daß im Materialmagazin 14 Gewehre mit der dazu gehörigen Munition im Schrank versteckt gefunden wurden. Der Ankläger anwesende Amtsvorstand vom Reichsamt 1 erklärte, die Polizei hätte kein Recht die Waffen zu beschlagnahmen, da dieselben von der Eisenbahndirektion für den Bahnschutz (!) geliefert seien.

Wenn Schmalhans Küchenmeister nur nicht den Mut verliert!
Makkaroni, Eiernudeln, Hörnle sind billiger und nahrhafter als Fleisch und stets köstlich.

Funktionärversammlung der USP. von Groß-Berlin

Mit großer Mehrheit für die Parteileitung

(Schluß des Berichtes.)

Nach dem Referenten, Gen. Dr. Levi, erhielt auf seinen Antrag das Wort zu einem Korreferat

Genosse Ledebour:

Für die Beschlüsse der Fraktion sind die Beschlüsse der Reichskonferenz maßgebend gewesen, die ich für falsch und verhängnisvoll halte. Es ist eine Illusion Levi's, daß unter dem frischen Eindruck des Mordes an Rathenau der Eintritt der USP. in die Regierung möglich gewesen sei. Das Wesen der bürgerlichen Parteien verbietet ihnen, mit uns eine Regierungskoalition einzugehen. Es war eine falsche Voraussetzung, daß es den Rechtssozialisten gelingen könnte, den Widerstand der bürgerlichen Parteien zu brechen. Nur gemeinsam mit der Volkspartei wollten sie uns in das Kabinett zulassen, eine Annahme, die selbst die Rechtssozialisten abgewiesen haben. Auch die Bildung der Arbeitsgemeinschaft hat den bürgerlichen Widerstand nicht brechen können. Nur einer Verschmelzung mit der SPD. würde sie zu unserer Aufnahme bereit finden. Erst müssen wir also Rechtssozialisten werden, ehe wir Minister werden können. Das heißt unsere ganze Vergangenheit und unsere geschichtliche Aufgabe preisgeben. Wir müssen die Massenpartei der Zukunft schaffen. (Zuruf: Dazu wird jetzt der Anfang gemacht!) Nein, er wird nicht gemacht. Er war nur da, solange auch die Kommunisten bei den Beratungen der Spitzenkörperschaften dabei waren. Leider sind die Kommunisten wieder abgesprungen (Zuruf: Na also, die wollen doch nicht!). Jetzt wird einseitig mit der SPD. verhandelt. Das führt nicht zur Einigung, sondern zur Zersplitterung in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel. Wir mühten Reformisten werden, den revolutionären Gedanken preisgeben, durch den wir groß geworden sind. Das Verbrechen der Spaltung in Halle hat uns zurückgeworfen, der kommunistische März-Putsch hat die Kommunisten als auf dem Irrwege befindlich erwiesen. Auch die Rechtssozialisten sind Freunde, sind nicht unsere Feinde. Wir müssen die Millionen der Proletarier für uns gewinnen, für die große proletarische Zukunftspartei. Bei einem einseitigen Zusammenschluß mit der SPD. würden wir lebendig aufgeben in ihr. Das ist ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung. Eine starke Bewegung in unserer Partei geht nach dieser Richtung. Auch Genosse Levi sprach nicht grundsätzlich dagegen, sondern nur von Bedingungen. Gewiß sind die Schutzgesetze teils verbessert, trotzdem ist Genosse Rosenfeld, der mit Levi die Partei bei ihrer Beratung vertreten hat, schließlich für die Ablehnung des Hauptgesetzes eingetreten. Wäre die Fraktion dem gefolgt, dann wäre die Auflösung des Reichstages erfolgt. Die Gründe, die dagegen angeführt werden, würdige ich, aber sie dürfen nicht ausschlaggebend sein. Wir hätten auch nicht fürchten brauchen, daß der Wahlkampf sich nur darum drehen würde, daß die USP. ein paar Minister haben wollte. Ein Parteitag hätte stattfinden und die unheilvollen Beschlüsse der Reichskonferenz, der Fraktion und der Parteileitung rückgängig machen müssen. Dann hätten wir getrost den Wahlkampf wagen dürfen. Jetzt muß spätestens Anfang Oktober ein außerordentlicher Parteitag stattfinden. Er muß entscheiden, ob der Zusammenschluß mit der SPD. erfolgen soll oder ob wir eine selbständige Partei bleiben wollen. Ich empfehle die folgende

Resolution:

Die Funktionärskonferenz beschließt: Zur Klärung der Lage halten wir einen außerordentlichen Parteitag spä-

stens im Oktober dieses Jahres für unbedingt erforderlich. Die Hauptaufgabe unserer Partei ist die Einigung des gesamten Klassenbewußten Proletariats Deutschlands zum gemeinsamen Kampf gegen die kapitalistisch-monarchistische Reaktion und für die sozialistische Neugestaltung unserer Staats- und Wirtschaftsordnung.

Diese Einigung würde aber nicht gefördert, sondern hintertrieben werden durch die Beteiligung unserer Partei an einer Regierungskoalition mit bürgerlichen Parteien und durch eine einseitige Verschmelzung der USP. mit der Sozialdemokratischen Partei. Eine solche einseitige Verschmelzung käme vielmehr hinaus auf die dauernde Zerstückelung der politischen Bewegung des Proletariats in einen reformistischen und einen revolutionären Flügel.

Die Konferenz tritt deshalb dafür ein, daß auf dem bevorstehenden Parteitag die volle Selbständigkeit der USP. unter allen Umständen aufrechterhalten werden muß. Die selbständige USP. hat dann wie bisher sich zu bemühen, die anderen proletarischen Organisationen zu gemeinsamen Aktionen zusammenzubringen, bis in diesen gemeinsamen Kämpfen auch die anderen Organisationen, Kommunisten sowohl wie Rechtssozialisten herangereift sind für den Zusammenschluß mit uns zu der großen revolutionären Klassenkampfpartei der Zukunft, deren einheitliches entschlossenes Wirken den endgültigen Sieg des Sozialismus verbürgt.

Wir müssen in diesem Sinne die Einigung betreiben. Wir brauchen dabei auch die Kommunisten. Mit ihnen zusammen haben wir die revolutionären Kämpfe geführt, im Gegensatz zu den Rechtssozialisten. Sollen wir uns mit Noske vereinigen, der jetzt noch von Hermann Müller gedeckt wird? Sollen wir nicht im „Vorwärts“ 1919 das schamlose Gedicht: „Karl und Rosa sind nicht dabei?“ (Stürmische Unterbrechungen). Ich verleihe, auf die Partei einzuwirken, um sie zurückzuhalten. Aber sollte der Parteitag die einseitige Verschmelzung mit der SPD. beschließen: Das mach' ich nicht mit! (Stürmische und Widerprüch.) Dann werde ich handeln wie in Halle. Ich werde dahin wirken, die USP. am Leben zu erhalten, damit aus ihr die große revolutionäre Partei der Zukunft erheben kann. (Lebhafter Beifall und Widerprüch.)

In der an die beiden Referate anschließenden

Diskussion

sprach zunächst Genosse

Ulmer: Genosse Ledebour ist ein Beispiel dafür, daß Führer durch die Geschichte überholt werden. Eine solche jämmerliche und kleinliche Demagogie wie seine Rede, habe ich noch nicht gehört. (Stürmische Unterbrechungen, die sich zum Tumult steigern in dem es Ulmer vorzieht, abzutreten. Der Vorsitzende erteilt ihm einen Ordnungsruf.)

Rinker: Die englische Arbeiterpartei, die doch nicht revolutionär ist, hat trotzdem einstimmig sich gegen eine Koalitionspolitik erklärt. Ihr Vorsitzender, Sidney Webb hat gesagt, die Koalitionspolitik wäre Selbstmord für die Arbeiterpartei. Dabei befinden sich unter den englischen Liberalen Leute wie Comell Bauermann, der 1905 bei Ausbruch der russischen Revolution andrief: „Es lebe die Revolution!“ Auch in Italien hat sich die sozialistische Partei gegen die Koalitionspolitik erklärt. Daran sollten auch wir festhalten. Jetzt haben wir das Geschick unserer Partei in die Hände der SPD. gelegt. Bei der Koalitionspolitik sieht

man wohl den Anfang, aber nicht das Ende. Die Partei wird nicht einig mitgehen. Ein Teil, der nicht zur SPD. mitgeht, wird obdachlos werden. Das bedeutet aber nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung der Kampffront.

Freitscheid: In England hat die Arbeiterpartei nicht wie wir jetzt eine Republik zu verteidigen. Unsere Situation ist eine außerordentliche, in der vorübergehend auch eine Koalition mit bürgerlichen Parteien notwendig sein kann, wenn sie mit uns gemeinsam das Ziel verfolgen: die Republik zu sichern. Die Idee unseres Eintritts in die Regierung ging nicht von uns, sondern von den Rechtssozialisten aus. Sie glauben, durch unseren Eintritt den Einfluß des Proletariats auf die Exekutive, besonders auf die Ausführung der Schutzgesetze, vergrößern zu können. Hätten wir die Frage verneint, so hätten wir einen Keil in die Einheitsfront der Arbeiter getrieben. Nur die Arbeiterschaft ist ein wirklicher Schutz der Republik. Deshalb muß ihre Einigkeit erhalten bleiben, sonst triumphiert die Reaktion. Wir müssen jeweils das Maximum an Einheit zu schaffen suchen. Die Arbeitsgemeinschaft liegt auf dieser Linie. Wäre es zur Auflösung gekommen, so wäre die Einheitsbewegung wieder gefährdet worden. Ein Zurücknehmen der gefassten Beschlüsse, wie Ledebour meint, ist unmöglich. Wir haben unsere Ideen aufrechterhalten, auch in seiner kommenden einheitlichen Gesamtpartei. (Lebhafter Beifall.)

Gilberding: Wir befinden uns in einer außerordentlichen Situation. Die Organisation G, die abgedankten Offiziere, die monarchistischen Studentenorganisationen, der Landbund, die Rechtsparteien, sie alle sind Stützen der Konterrevolution. Ihrer kann nur das Gesamtproletariat Herr werden. Deshalb ist die Einigung des Gesamtproletariats eine Notwendigkeit. Unser Regierungseintritt ist demgegenüber eine untergeordnete Frage. Wir müssen mit den Arbeitermassen in der SPD. zusammenkommen. Wenn gesagt wird, die Verschmelzung mit der SPD. bedeute das Ende der USP., nun, so bedeutet es auch das Ende der SPD. Die neue Partei wird von einem anderen Geist erfüllt sein. Die Indifferenz im Proletariat ist so groß wegen der gegenseitigen Bekämpfung. Wenn wir die Massen gemeinsam aufrufen, kommen sie, während sie sonst beiseite stehen. — Wenn wir „Einigung“ sagen, so bleiben wir treu unseren Grundgedanken. Die Organisationen sollen jetzt Stellung nehmen. Der Parteitag wird entscheiden. Eine große einheitliche Partei wird auch die besonnenen Teile der kommunistischen Partei an sich ziehen. Es wird zu keiner Spaltung kommen. Die Möglichkeit der Einigung ist da. Der Parteitag muß die Einigung zur Wirklichkeit machen. (Lebhafter Beifall.)

Elka Seger: Gewiß bringt die Einigung gewisse Nachteile, aber die Vorteile sind größer. Die Frage ist doch, ob die bestehenden Meinungsverschiedenheiten so groß sind, daß sie das Bestehen zweier Parteien rechtfertigen. Maßgebend muß sein, was die Arbeiter der SPD. wollen, nicht was einzelne Führer sagen. Sind unsere Ideen stark, so setzen sie sich auch in der einzigen Partei durch. Gewiß wollen wir uns auch mit den Kommunisten einigen, aber wir können es nicht von ihrer Gnade abhängig machen, ob wir mit der SPD. uns einigen. Sind die beiden sozialistischen Parteien vereinigt, so werden auch die kommunistischen Arbeiter zu uns kommen. Es gilt die Einheitsfront des Proletariats herzustellen. (Lebhafter Beifall.)

Rieschahl: Unsere Klassengegner tun alles, das Proletariat zu spalten und in der Ohnmacht zu erhalten. Sie haben die Reichswehr, die Schupo, ihre Organisationen und Geldmittel. Wir sind noch längst nicht über die Gefahr der Konterrevolution hinaus. Deshalb haben wir alle Kräfte des Proletariats zusammenzufassen. Die Verwaltung muß gründlich geläubert werden, besonders auch in der Berliner Gemeinde. In geschlossener Front müssen wir die Reaktion bekämpfen. (Lebhafter Beifall.)

Dittmann: Unsere Probe auf das Koalitionsexempel hat gezeigt, daß die kapitalistischen Parteien es ablehnen, mit einem einigen sozialistischen Gesamtproletariat eine Regie-

Unter fremden Menschen

Von Maxim Gorki.

Eingige autorisierte Uebersetzung von August Scholz. Amerikanisches Copyright 1916 by Dillien & Co., Berlin.

(Schluß.)

Er lachte, blinnte durchs Fenster nach der im hereinbrechenden Abenddunkel daliegenden Schlucht, die ganz mit Warenkisten verstellt war, und fuhr, sich den Schnurrbart streichend, fort:

„Sie freuten sich natürlich sehr über den Vorschlag, denn im Gefängnis ist's langweilig, und wie ich sie revidiert hatte, nahm ich sie mit in meine Wohnung. Wir aßen und tranken, manchmal auf meine Kosten, manchmal auf die ihrigen, und es ging lustig zu auf alle russische Weise. Es wurde gesungen, getanzt — tüchtige Sänger und Tänzer gab's darunter. Manchmal waren Fesseln angelegt, die hinderten sie am Tanzen, und so ließ ich sie ihnen abnehmen, oder sie nahmen sie auch selber ab, ohne Schämte, sind nämlich sehr geschickte Jungen darunter. Daß ich sie in die Stadt geschickt hätte, auf Haus ist natürlich Unsinn. Nur einen hab' ich mal hinausgelassen, einen hübschen, der seine Beliebte in der Peischorkastrasse besuchen wollte. Die Wächterin mit dem Diakon ist ihm aus Versehen passiert; es war im Winter, im Schneesturm, und alles trug Pelz — wie sollte er da untergehen, ob jemand ein Kaufmann oder ein Diakon war?“

Ich mußte lachen, und auch Onkel Jakow lachte. Dann wurde er plötzlich ärgerlich, verzog das Gesicht und brummte vor sich hin:

„Ueberhaupt, was geht mich das alles an? Erst beschließen sie einander, dann verfolgen sie sich, stecken sich gegenseitig ins Gefängnis, verschicken sich nach Sibirien... was hab' ich damit zu tun? Ich hab' meine eigene Seele!“

„Sie hatten Mitleid mit den Arrestanten?“ fragte ich.

„Wie sollte ich kein Mitleid mit ihnen haben? Es gab ganz prächtige Jungen darunter, so geschickt, so verständig. Manchmal sah ich sie mir an und dachte: Da bist du nun ihr Vorgesetzter — und verdienst nicht, ihnen die Schuhriemen zu lösen! Ein einäugiger Graveur war darunter, der falsches Geld gemacht hatte — den hättest du hören müssen! Das reine Feuer! Nun erklärt mir mal,“ sagte er — „warum die Krone Münzen prägen darf und ich nicht! Erklärt mir das mal, bitte!“ Kein Mensch kommt's ihm natürlich erklären,

auch ich konnt' es nicht, und dabei war ich doch sein Vorgesetzter! Ein anderer, ein bekannter Moskauer Dieb, ein stiller Mensch, so hübsch sauber und sturhaft, meinte in seiner bescheidenen Weise: „Die Menschen arbeiten bis zum Stumpfsinn, und das mag ich nicht. Ich hab's durchgemacht: man arbeitet, arbeitet, bis man vor lauter Müdigkeit dumm wird. Man trinkt für 'nen Groschen, verpielt zwei Kopelen, schenkt den Weibern für ihre Zärtlichkeit 'nen Fünfer — dann hungert und darbt man wieder. „Nein, auf dieses Spiel lasse ich mich nicht ein...“

Onkel Jakow hatte sich förmlich in Hitze geredet, ganz rot war er und so erregt, daß seine kleinen Ohren zitterten.

„Die Jungen sind gar nicht dumm, mein Lieber,“ fuhr er fort, „es ist ganz richtig, was sie sagen. Hol der Teufel dieses Underleben! Ich zum Beispiel — wie hab' ich gelebt? Ich schäme mich, wenn ich dran denke: immer nur brockenweise, heimlich, Kummer und Mühe, die gehörten mir, aber das bißchen Luft, das muß ich mir stehlen. Der Vater schreit: „Das darfst du nicht!“ Die Frau kreischt: „Dah du's nicht wagst!“ Man hat sich wirklich nicht getraut, mal 'nen Rubel alle zu machen. So hab' ich mein Leben verpaßt, und auf die alten Tage muß ich bei meinem Sohn den Bedienten spielen. Warum soll ich's leugnen? Er schreit mich an wie ein großer Herr. Er sagt: „Vater!“ — und ich verstehe immer: „Du, Vatai!“ Bin ich darum geboren, darum so alt geworden, um meinem Sohne die Stiefel zu putzen?“

Ich hatte nur mit halbem Ohre zugehört und sagte obenhin:

„Ich weiß auch nicht, wie ich mich zum Leben stellen soll...“

„Wer weiß das überhaupt?“ meinte er lächelnd. „Ich habe niemanden gesehen, der er wüßte. Wie einer sich gewöhnt hat, so lebt er...“

Er hatte seine Flasche geleert, zündete sich eine Zigarette an und blies ihren Rauch in den Schnurrbart hinein. Er war des Sprechens offenbar müde geworden. Ich blickte nach der Schlucht hinaus, die inzwischen die feuchte Dunkelheit des Augustabends eingehüllt hatte. Auf dem schmalen Wege zur Stadt begannen die Laternen aufzuleuchten, alles erschien mir so durch und durch bekannt. Jeden Augenblick mußte jetzt der Dampfer nach Rybinsk pfeifen und dann der nach Perm...

„Ich muß jetzt gehen, 's ist Zeit,“ sagte der Onkel.

An der Tür der Schenke schüttelte er mir die Hand und meinte scherzend:

„Nur laß den Kopf nicht hängen — es scheint, daß du eine Neigung dazu hast, wie? Spud' auf alles! Du bist noch jung, merk' dir vor allem: Das Schicksal soll uns nimmermehr der Fröhlichkeit berauben! Nun, leb' wohl — ich muß nach der Maria-Himmelfahrts-Kirche...“

Mein lustiger Onkel ging davon und ließ mich allein mit meinen Gedanken, die durch seine Reden ein wenig durcheinandergeraten waren. Ich flog zur Stadt hinan und kam aufs offene Feld. Es war Vollmond, doch war der Himmel von schwerem Gewölk umzogen, in dessen schwarzem Schatten mein eigener Schatten verschwand. Ich ging quersfeldin, um die Stadt herum, und kam ans Wolga-Ufer, wo ich mich an der Böschung in das verstaubte Gras legte. Lange schaute ich über den Fluß hinweg, nach den Wiesen, der starr daliegenden Erde. Langsam zogen die Schatten der Wolken über die Wolga, wälzten sich nach den Wiesen hinüber und schienen sich da zu lücheln, als hätten sie sich in den Fluten des Stromes gebadet. Alles ringsum lag im Halbschlummer, war wie gedämpft, bewegte sich widerwillig, gezwungen, nicht aus Freude und Lust an der Bewegung, am Leben.

Und ich fühlte einen unbändigen Drang, der ganzen Erde und auch mir selbst einen kräftigen Stoß zu geben, damit alles — auch ich selbst — in einen fröhlichen Wirbel gerate und die Menschen in festlichem Reigen sich drehen, voll Liebe zueinander und zu diesem Leben, das nur um eines anderen, schöneren, frischeren, reineren Lebens geboren ward...

Ich muß irgend etwas mit mir beginnen, ging es mir durch den Sinn, sonst gehe ich zugrunde...

An düsteren Herbsttagen, wenn man die Sonne nicht nur nicht sieht, sondern auch nicht fühlt — in einem fröhlichen Wirbel gerate und die Menschen in festlichem Reigen sich drehen, voll Liebe zueinander und zu diesem Leben, das nur um eines anderen, schöneren, frischeren, reineren Lebens geboren ward... So wollte auch ich es jetzt wagen.

Im Herbst dieses Jahres fuhr ich nach Kasan, in der stillen Hoffnung, daß es mir dort vielleicht gelingen würde, Gelegenheit zum Eintritt in eine höhere Unterrichtsanstalt zu finden.

zung zu bilden. Sie tun es nur mit einem Teil des sozialistischen Proletariats, weil sie dadurch unsere Kräfte zersplittern und lähmen können (Sehr richtig!) Um so mehr müssen wir auf die Einigung des sozialistischen Proletariats dringen. Das haben wir getan und jetzt leben wir, daß die rechtssozialistischen Arbeiter in den Betrieben Schulter an Schulter mit unseren Genossen stehen, dieselben Forderungen erheben wie wir, vom selben Geiste erfüllt sind. Die Parteien grenzen decken sich heute nicht mehr mit den Grenzen der Anschauungen. Unsere Anschauungen werden heute von großen Massen der rechtssozialistischen Arbeiter geteilt. Es ist eine Wandlung der Mentalität im rechtssozialistischen Lager eingetreten. Die Arbeiter dort gehen konform mit uns. (Sehr richtig.) Deshalb ist die Zeit reif, an die Einigung heranzutreten. (Stürmische Zustimmung.) Die Gesinnung und die politische Haltung der Massen ist dafür das Entscheidende, nicht die Richtigkeit der augenblicklichen Programme. Im organisatorischen Einigungsprozess wird der geistige Umstellungsprozess fortgeschritten und umgekehrt. Beide werden wechselseitig als Ursache und Wirkung aufeinander einwirken. Schließlich bildet sich eine einheitliche Grundanschauung heraus, die zur Schaffung eines einheitlichen wissenschaftlich haltbaren Programms führt. So war es auch 1875, als die Lassalleaner und die Eisenacher sich einigten, wie man im zweiten Band von Webels Memoiren nachlesen kann. Daß wir auch die Genossen von links nicht abstoßen, zeigt die Verschmelzung der Partei mit uns. In der einzigen sozialdemokratischen Partei wird der Geist triumphiert, den wir durch Krieg und Revolution hindurchgetragen haben. (Stürmischer Beifall.)

Levi spricht sich kurz kritisch gegen die Rechtssozialisten aus, bekräftigt aber die Einigung.

Ein Vertagungsantrag wird abgelehnt, ein Schlusssatz angenommen. Es folgen die Schlussworte der Referenzen.

Schlusswort Ledebour:

Verschiedene der Vordredner haben die einseitige Verschmelzung mit der SPD. empfohlen. Dadurch wird die Gesamtmeinung hintertrieben, denn bei der Verschmelzung auf einer Mittellinie zwischen uns und der SPD. entfernen wir uns von der RPD. Wenn wir selbständig bleiben, belehren und gewinnen wir schließlich SPD. und RPD. Die wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten werden sie zu uns treiben. Aber heute ist die SPD. noch nicht reif für die Verschmelzung. Gerade weil Reform und Revolution keine Gegensätze sind, dürfen wir es nicht dazu kommen lassen, daß zwei Parteien nach diesen Gesichtspunkten entstehen. Als ich vorhin sagte, ich würde die einseitige Verschmelzung nicht mitmachen, wurde mir zugerufen: „Disziplin“. Ja, dann hätten wir im Kriege auch trotz der fortgeschrittenen Kreditbewilligungen immer weiter Disziplin halten müssen. Dann wäre die USP. nicht entstanden, dann hätten wir in Halle mit der Mehrheit zu den Kommunisten gehen müssen. Es kann Parteieloyalität sein, die Disziplin zu brechen, wenn nicht die Interessen des Proletariats gefährdet werden sollen. Jetzt ist es unsere Pflicht, uns nicht einseitig zu verschmelzen mit der SPD., sondern festzuhalten an unserer unabhängigen Partei! (Beifall und Widerspruch.)

Schlusswort Levi:

Mit Unrecht hat Genosse Rinker auf Italien und England exemplifiziert. In Italien wird die Gruppe Sozialdemokrat unter den Schlägen des Faschismus, auch dort wird das Koalitionsproblem immer mehr aktuell. Wenn Campbell Bannerman 1905 ausrief: „Es lebe die Revolution“, so doch nur aus dem imperialistischen Grunde, daß England durch die Revolution befreit wurde von dem russischen Druck in Vorderasien. Wenn Ledebour die Einigung mit der SPD. wegen Anstöße nicht will, aber mit ihr einverstanden ist, wenn zugleich die RPD. und ihr Oberlein mitkommt, so ist das ein Widerspruch. Indem legt er ja die Entscheidung direkt in die Hände der RPD. und in die Moskauer. In der RPD. sind viele ehrliche Revolutionäre, aber die Partei hat die Radikalisierung mit Moskau noch nicht zerschritten. Was aber jetzt in Russland vor sich geht, hat mit proletarischer Revolution nichts mehr zu tun. Deshalb besteht die Gefahr, daß aus der deutschen RPD. eine Gruppe werden kann, die viel schlimmer und reaktionärer ist, als die SPD. jemals war. (Stürmische Zustimmung.) Wir müssen bedenken, was jetzt ein „Rein“ bedeuten würde in seiner Wir-

kung auf die SPD., auf unsere eigenen Mitglieder und auf die Antifaschisten (Sehr richtig). Nach so vielen Enttäuschungen entspricht für sie alle aus dem Wort „Einigung“ wieder neue Hoffnung. Die rechtssozialistischen Arbeiter drängen jetzt ihre Führer zur Einigung. Unsere eigenen Arbeiter erheben sie gleichfalls. Die Proletarier beherzigen das tiefe Gefühl der Zusammengehörigkeit. Deshalb: Wir wollen die Einigung! Ob sie kommt, dazu hat jetzt das Wort die SPD.!

Außer der Resolution Ledebour lag der Konferenz noch eine zweite aus der Versammlung heraus gestellte Resolution vor. Ein Antrag, von einer Abstimmung abzusehen, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Genosse Krille als Vorsitzender betonte, daß die Abstimmung für die Organisation nicht verpflichtend sei, sondern nur einen Gradmesser der Anschauungen bilde. Die Stellungnahme der Organisation erfolge in den Distrikten und in der Bezirksversammlung von Berlin-Brandenburg.

Bei der Abstimmung über die Resolution Ledebour erhoben sich aus der stark besuchten, 1200 Köpfe zählenden Funktionärskonferenz etwa 100 Hände; sie wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Angenommen dagegen wurde mit derselben Mehrheit die zweite Resolution, folgenden Wortlaut:

„Die Funktionäre der USP. Groß-Berlin billigen die Beschlässe der Zentralleitung und der Reichstagsfraktion, insbesondere die Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen.“

Die Rechteerweiterung der Arbeiterklasse kann nur das Werk einer in sich geschlossenen Arbeiterklasse sein. Die Verabschiedung der Gesetze zum Schutz der Republik bilden erst einen Anfang. In ihrer Durchführung und der schließlich Niederwerfung der Reaktion ist das Maximum der Einigung im Kampfe herzustellen.

Die Parteileitung hat daher auch weiterhin alle Mittel zu prüfen und anzuwenden, die geeignet sind, diese Einigung zu einer dauernden zu gestalten. Der kommende Parteitag hat hierüber die letzte Entscheidung zu fällen.“

Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den revolutionären Sozialismus schloß Genosse Krille die vom besten Wette getragene Konferenz.

Die Berliner SPD. für Einigung

Zur selben Stunde, wo die Funktionäre unserer Partei zur politischen Lage Stellung nahmen, tagte auch eine Funktionärversammlung der SPD., in der Genosse Hermann Müller vom Parteivorstand über dasselbe Thema referierte. Er streifte — nach dem „Vorwärts“ — kurz die bisherige Tätigkeit der SPD. und ging dann zu den nationalsozialistischen Treibern über:

An der Verbreitung der nationalsozialistischen Deke, unter der wir jetzt in Deutschland zu leiden haben, ist die Entente nicht unschuldig. Wenn sie die Räte Deutschlands rechtzeitig erkannt hätte, hätten die nationalsozialistischen Köpfe nie so verhebt werden können, und die Taten, die jetzt zu beklagen sind, wären vielleicht ungeschähen geblieben. (Zustimmung.) Die Ermordung Rathenau hat weit über die Kreise der Arbeiterklasse hinaus eine Bewegung im deutschen Volke ausgelöst, die sich zum Ziel setzte, derartige Taten unendlich zu machen. Es muß daraus aufgenommen, die Quellen zu verstopfen, aus denen diese Taten fließen. Die Quellen sind jene deutschvölkischen Kreise, die nun allgemein bekannt geworden sind.

Die Gewerkschaften wünschen ein gemeinsames Vorgehen aller drei Arbeiterparteien. Die letzten drei Wochen standen im Zeichen dieser gemeinsamen Arbeit. Nach all den Erfahrungen, die wir mit den Kommunisten gemacht haben, legten wir wenig Wert auf eine Zusammenarbeit mit den Kommunisten. (Beifall und Zustimmung.) Ein paar Tage lang ging es ja auch ganz gut, aber bald mußten auch die Gewerkschaften einsehen, daß ein weiteres Zusammenarbeiten mit den Kommunisten die Gesamtbewegung nur schädigte. Es war ausdrücklich abgemacht worden, daß aber

die gemeinsamen Forderungen keinerlei besondere Vorzölle ausgedrückt werden sollten. Aber trotzdem haben wir es erlebt, daß die Kommunisten Flugblätter gegen die beiden anderen sozialistischen Parteien herausgaben. Anlässlich des Buchdruckerstreiks haben wir, daß die „Rote Fahne“ von Streikbrechern hergestellt wurde. (Zeichen lebhaftest Unwillens und Entrüstung.) Anlässlich der zweiten Demonstration sollte im Nachrichtenblatt bekanntgegeben werden, daß keine wilden Redner auftreten sollten. Die Kommunisten weigerten sich, die Stelle zu unterschreiben, weil sie sich angeblich gegen sie richtete (Stürmische Heiterkeit.) Schließlich kamen sie mit Parolen heraus, die weit über die gemeinsamen Abmachungen hinausgingen.

Der Referent ging dann auf die Frage der Regierungsombildung ein, aus der sich schließlich die Arbeitsgemeinschaft der beiden sozialistischen Reichstagsfraktionen ergab:

Der Hauptgrund, den die Bürgerlichen gegen eine Einziehung der Unabhängigen zur Regierung haben, ist von ihnen nicht in den Verhandlungen erwähnt worden. Er liegt nach meiner Auffassung in dem Umstand, daß hinter den sozialistischen Regierungsmitgliedern alsdann nicht mehr 100, sondern 180 Mandate im Reichstage stehen würden. Wir schlugen den Unabhängigen die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft vor. (Lebhafter Beifall und Hände klatschen.) Wir haben uns gesagt, daß das der nächste Schritt ist. Im Jahre 1918 fing die Spaltung mit einer Arbeitsgemeinschaft an. Wir wollen sie mit einer Arbeitsgemeinschaft aufheben lassen. (Lebhafter Beifall.) Die Unabhängigen haben sich für diese Arbeitsgemeinschaft erklärt. Wir hätten eine Reichstagsauflösung nicht zu fürchten gehabt. Aber wir haben, wenn es jetzt zur Reichstagsauflösung kommt, nicht nur 100, sondern 180 Mandate zu verteidigen. Wir haben nicht nur im Parteinteresse, sondern im Interesse der gesamten sozialistischen Bewegung zu handeln. Am Tage, als Rathenau ermordet wurde, trat ein Unabhängiger an Wirth heran und fragte ihn: „Herr Reichskanzler, wie lange soll denn das noch so dauern?“ Wirth antwortete: „Solange, als die deutsche Arbeiterschaft noch nicht einig ist.“ (Lebhafter Beifall.) Dieses Zwiegespräch beleuchtete blühartig die Lage.

Mit einem Appell für die Einigkeit des sozialistischen Proletariats schloß Hermann Müller. — Aus der Diskussion ist bemerkenswert, daß der Diskussionsredner Bernhard Krüger Unruhe und Widerspruch auslöste, als er davon sprach, daß „man bei der Einigung vorsichtig sein müsse“. —

Im Schlusswort führte der Referent noch folgendes aus:

Ich glaube, daß wir bei einer Einigung gedehlich mit der USP. zusammen arbeiten könnten. Selbst früher linksgerichtete Unabhängige, wie Dr. Levi, der einstige Spartakusführer, haben hervorragende positive Arbeit bei der Ausarbeitung der Schutzgesetze geleistet. Alle schwerwiegenden Probleme der Einigung müssen durchdacht werden, und wir haben in den letzten Jahren gezeigt, daß wir die Nerven nicht so leicht verlieren. (Sehr richtig!) Die letzten Wochen haben bewiesen, daß es in der Einigung keinen Unterschied zwischen Führern und Massen gibt, daß die Einigung vorwärts marschiert. (Lebhafter Beifall.)

Die nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Funktionäre des Bezirksverbandes Groß-Berlin der SPD. billigen die Haltung und die Politik der Reichstagsfraktion. Wir begrüßen im besonderen die werdende Einigung mit den Genossen der USP. Wir erwarten vom Parteivorstand und von der Reichstagsfraktion, daß sie den einheitlichen Willen des Volkes und im besonderen der Sozialdemokratie, der die Gesetzgebung zum Schutze der Republik ermächtigt hat, auch in der Anwendung dieser Gesetze voll zur Geltung bringen.“

Wir verpflichten uns zu unserem Teile, alle Kraft einzusetzen für die Verbreitung des republikanischen Gedankens, für die Stärkung unserer Organisation und Presse und für die fortschreitende Verwirklichung der sozialistischen Ideen.

Von Humanismus und Aktivismus

Von Dr. Hellmuth Falkenfeld

Berner Nährholz und Hans Koeseler haben eine Schrift: „Neuer Humanismus, Aufsätze und Reden an die deutsche Jugend“ (im Verlage der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte in Berlin 1921) herausgegeben. Diese Schrift enthält hübsch angeordnete Gemeinplätze und daneben aus der Feder von Nährholz eine immerhin als Plan zu überlegende Denkschrift über eine zu errichtende humanistische Fakultät. Die humanistische Fakultät werde ich solange ablehnen, als das Wort Humanismus ein Sammelbegriff für die sich veränderliche, aber richtungslose Sehnsucht ist, die Wissenschaft dem Menschen dienstbar zu machen, der Reaktion auf das Ueberwuchern der Objektivität Ausdruck zu geben usw. Die Wissenschaft, von der in dieser Schrift behauptet wird, sie sei nicht fähig, die Politik zu leiten, und sie habe es nicht mit einer Erkenntnis des Sollens zu tun, ist nämlich nur durch ihre schlechtesten Vertreter als Zielbegründerin der Politik diskreditiert. Ich möchte freilich auch nicht, daß Erich Kaufmann, Rudolf Jellien oder der immerhin verdienstvolle aller Neu-Kantianer, Rudolf Stammler, die Politik leiten; aber ich kann der Politik nichts Besseres wünschen, als daß sie sich an den Werken des Philosophen Leonard Nelson über ihre Ziele klar werde.

Carl Sternheim tritt in einem Büchlein: „Tasso oder Kunst des Justo milio“ (Erich Reiß-Verlag 1921) auch als eine Art verkappter Humanist auf — Humanist im Stirnerischen Sinne freilich als Kämpfer gegen das Gesetz schlechthin, sei es das der Vernunft, sei es das des Militarismus. Hatte Sternheim gar keine guten Freunde, die ihm rieten, sich genauer klar zu machen, was er sich unter dem Worte „Justo milio“ denke? Für Sternheim ist Justo milio alles, was er hinterwälsch verabscheut; Goethes Achtung vor der Form, Kleists Dingabe an das Gesetz, Schillers Freiheitswunsch. Eine unlogisch schlechte und falsche (falsche, weil sich im Zielsetzenden Definition der Kunst krönt die nicht nachahmenswerte kleine Schriftchen, das besser ungelesen geblieben wäre. Gegenüber dem Justo-milio-Ausbecker Sternheim erscheint der Dichter der Novelle „Libussa“ (Verlag „Die Aktion“, Berlin 1922), in der Sternheim des Kaisers Leidtrag seine Geschichte erzählt, geradezu als ein Meister. An Tolstois herrlichen „Leinwandmesser“, auf den Sternheim selbst sogar hinweist, darf man freilich nicht denken. Aber diese Novelle, die zwar das Sternheimische Sprachorost auch nicht abstreift, ist doch

wenigstens interessant, wichtig, lehrreich und vielleicht sogar zu 1% so, wie sie Sternheim wollte: von „pferdehafter Mentalität“. Die Pathologie Wilhelms II., dessen Bild übrigens nicht mit Daß, sondern mit einer Art von gerädrtem Willen entworfen ist, macht diese Novelle kulturgeschichtlich bedeutsam.

Als längstes Dokument des Aktivismus hat Kurt Hiller, der Herausgeber der 4 Jährbücher, bei Kurt Wolff (München 1922) eine Sammlung harigschiffener Sätze erscheinen lassen, denen er den Namen „Der Aufbruch zum Paradies“ gibt. Was will der Aktivismus? Die Menschen aus der Hölle des Militarismus, der Lohn-Geistes-, Geschlechtsklaverei ins Paradies der Freiheit und Unschuld führen. Innerhalb dessen, was man die „geistige Bewegung“ nennt, steht er so in seiner Radikalität dem Sozialismus, wenn auch nicht dem Marxismus, durchaus nahe. Dennoch gehört der Aktivismus in die Literatur oder auch in die Philosophie des Rechts immer noch mehr hinein als in die Politik. Damit ist nicht etwa gesagt, daß er für die Politik bedeutungslos wäre, — eine Politik ohne Anknüpfung an die Philosophie und scheuen wir das unrein gewordene Wort hier nicht) Literatur ist sogar umgekehrt bedeutungslos, und Marx wurde charakteristischerweise erst dann Volkspolitiker, als er sich nach der Niederschritt seiner „Kritik der Hegelschen Rechts-Philosophie“ über das Endziel aller Politik im philosophischen Sinne klar geworden war! —, sondern damit ist gesagt, daß der Hiller'sche Aktivismus keine unmittelbare Politik ist, sondern im geringsten Falle, eine Erweckung bestimmter intellektueller Kreise zur Politik — und zwar gleichzeitig zur richtigen, vernünftigen Politik. In diesem Sinne ist es denn auch richtig, daß sich die Aktivistischen als Freischärler des Sozialismus bezeichnen.

Programmatik bringt freilich im Verhältnis zu den früheren Schriften der „Aufbruch zum Paradies“ nicht viel Neues. Gewisse Probleme, wie das viel umstrittene des unbedingten Verbotes der Menschengötter, werden sogar nicht erörtert; offenbar ist Hiller nunmehr der richtigen Ansicht, daß dieses Gebot nicht aufnahmslos gelten kann. Welches unbedingte Prinzip kann uns aber leiten, wenn wir solche ausnahmsweise Tötung von Menschenleben rechtfertigen? Doch nur das Prinzip des Rechts, das uns bei möglichen Konflikten gebietet, das wertlosere Interesse dem wertvolleren zu opfern. Nun erkennt zwar Hiller, ein Feind der historischen Rechtschule, das Rechtsprinzip ab — aber nicht in seiner Objektivität, sondern nur in seiner Voluntarität, das heißt, in seiner von der edlen Menschenart

wissenschaftlich aufgestellten Typizität. Wie denn Hiller — und hier liegt meine Abweichung von seinen Ansichten — überhaupt auf alles „Objektive“ nicht gut zu sprechen ist, ja, an einer Stelle seines Buches sogar gesteht, daß ihm der „Sachliche“, der im Angriff Zurückhaltende, Unpersönliche, maßvoll-Feine, Beherrschte verdächtig vorkommt. Hiller ist die Subjektivität selbst; auch die gerechte Sache verteidigt er (in keine richtigen Ziele! vgl. Aphorismus 92), sondern weil sie die gerechte, das heißt richtige Sache ist (es gibt nach Hiller keine richtigen Ziele; vgl. Aphorismus 92), sondern weil sie dem Edlen gemäher ist. Wenn Hiller nun sagt, daß man die richtige Sache nicht beweisen kann, so hat er freilich recht; damit jedoch aber ist nicht gesagt, daß sie nicht als in der Vernunft gelegene objektiv gültige Sache nachzuweisen wäre. Leonard Nelson, gegen den sich Hiller voll Bewunderung und Gefühlsantipathie richtet, hat den richtigen Weg gefunden, das Richtige eines sittlichen Endziels nachzuweisen, ohne in platte Beweiserei zu verfallen. Auf ihn pocht auch Hillers schüchternschwungener Satz nicht mehr: „Die deutsche Wirklichkeit ist immer grundlos, die deutsche Grundfalschheit immer wirkungslos.“ Aber Hiller mühte sich selbst aufgeben, wenn er sich in die fähle Atmosphäre der reinen Vernunft-Philosophie begäbe. Ich würde es sogar für taktisch falsch halten, solche Aufgabe von ihm zu fordern. Er ist im Grunde ja auch ein — mit Nietzsche geimpfter — Freischärler der Vernunftpolitik; und seine Stärke liegt eben darin, mit großem Gefühl, mit leidenschaftlichem Affekt für das Verhängnis zu streiten.

Wäre man zum Beispiel ein viel weniger prinzipielles, von Hiller selbst geflüstert als nachträglich bezeichnetes Buch: „S. 175: Die Schmach des 19. Jahrhunderts!“ (Paul Steegemann, Hannover 1922), so erkennt man, wie wichtig und Schriftsteller von einer so präkisen Grogie, von einer so naturhaften Intellektualität sind. Hier wird das Problem der Bestrafung der homosexuellen Liebe mit einer so glücklichen, klugen Hand angefaßt, daß man den Eindruck zuweilen hat, hier vereinige sich Mill, der Kämpfer der Freiheit, zuweilen mit Voltaire, dem wichtigsten Aufklärer mit dem Gefühl. Gerade wer dem § 175 unseres Strafgesetzbuches keine Aufmerksamkeit zu schenken gewohnt ist, weil es wichtigere Aufgaben zu erfüllen gebe, möge Hillers Buch lesen. Im übrigen: In der berechtigten Aufwand an Geist, Kraft, Dialektik der hier für eine materielle doch nur wenige Menschen berührende Angelegenheit geschieht, nicht auch nur darum zu rechtfertigen, weil es hier um die Gerechtigkeit geht, die hier für eine materielle doch nur wenige Menschen berührende Angelegenheit geschieht, nicht auch nur darum zu rechtfertigen, weil es hier um die Gerechtigkeit geht, deren Objektivität Hiller freilich subjektivieren strebt?

